

Pressemitteilung

Wien, 10.6.2021

Fluchtursachen bekämpfen, Menschenrechte schützen. Befunde aus der Wissenschaft

Vor wenigen Wochen erreichten nach einer diplomatischen Krise zwischen Spanien und Marokko tausende Menschen die spanische Exklave Ceuta. Auch hunderte Kinder sind dort gestrandet – sie können im Moment weder weiter nach Europa noch zurück nach Marokko. Doch warum begeben sich Menschen auf höchst gefährliche Migrationsrouten, um nach Europa zu gelangen? Viel zu selten wird darüber gesprochen, welche vielfältigen Gründe Menschen dazu zwingen, ihre Heimat zu verlassen. Viele dokumentierte Erzählungen von Geflüchteten machen klar, dass niemand gerne seine Heimat verlässt. Anstatt Geflüchtete auszugrenzen und zu stigmatisieren, sollte darüber nachgedacht werden, dass unsere Lebens- und Produktionsweise laufend Fluchtursachen produziert, konstatieren Forscher:innen.

Ungerechte Handelsbeziehungen, die Zerstörung kleinbäuerlicher Existenzgrundlagen, Kriege, und nicht zuletzt die Auswirkungen der Klimakrise veranlassen Menschen, ihre Heimatländer zu verlassen. Diese Migrationsgründe betreffen in besonderem Maß afrikanische Länder, so der Politikwissenschaftler Alexander Behr: „Kein anderer Kontinent wird in den kommenden Jahrzehnten so stark vom Klimawandel betroffen sein wie Afrika. Dürren und Überschwemmungen werden zunehmen, der steigende Meeresspiegel die Siedlungsgebiete von Millionen Küstenbewohner:innen vor allem an der Westküste gefährden. Schon heute wird in vielen Ländern die Wasserversorgung immer schwieriger.“ Auf den Zusammenhang zwischen Fluchtursachen und der Zerstörung der Lebensgrundlagen in vielen Ländern weist auch eine kürzlich erschienene Studie mit dem Titel „Das Recht, nicht gehen zu müssen“ hin. Die beiden Forscherinnen Sonja Buckel und Judith Kopp analysieren in der Studie die europäische „Fluchtursachenbekämpfung“ im Kontext globaler Ungleichheit.¹

Anstatt Menschenrechte zu wahren und Fluchtursachen zu bekämpfen, werden Schutzsuchende von der Politik instrumentalisiert, kritisiert die Migrations- und Fluchtforscherin Judith Kohlenberger: „Die europäische Migrationspolitik setzt seit Jahren auf Externalisierung, also auf die Auslagerung ihres Grenzschutzes an Drittstaaten wie die Türkei oder Marokko. Damit machen sich die EU-27 von Staaten erpressbar, die regelmäßig durch Menschenrechtsverletzungen im Inland auffallen. Migrant:innen und Geflüchtete werden zum Spielball diplomatischer Auseinandersetzungen, wie zuletzt im Gasstreit im Mittelmeer oder an der spanischen Exklave Ceuta sichtbar wurde“. Diese Externalisierung sei das Gegenteil einer nachhaltigen Migrations- und Asylpolitik, so Kohlenberger. Auch der kürzlich vorgestellte EU-Migrationspakt weise in Richtung

¹ Buckel, Sonja / Kopp, Judith: „Das Recht, nicht gehen zu müssen. Eine Analyse der europäischen „Fluchtursachenbekämpfung“ im Kontext globaler Ungleichheit.“ AK Wien, Abteilung Europa und Internationales. <https://wien.arbeiterkammer.at/fluchtursachen>

Abschottung und Abschreckung, ohne darunterliegende Dynamiken globaler Flucht- und Migrationsbewegungen zu adressieren.

Ein Diskurs über die wirklichen Fluchtursachen wird vermieden, da sonst die großen sozialen und ökologischen Fragen und damit die Profitmargen von transnationalen Konzernen in den Fokus rücken würden. Stattdessen werden Geflüchtete und Migrant:innen häufig stigmatisiert und für gesellschaftliche und wirtschaftliche Krisen verantwortlich gemacht, so die Diskursforscherin Ruth Wodak²: „Es werden viele trügerische Argumente von der herrschenden Politik verwendet, die der Faktenlage und empirischen Forschung widersprechen. So verteidigte etwa Außenminister Schallenberg in einem Interview in der ZIB 2 vom 10. September 2020 die Entscheidung, selbst nach dem Brand im Flüchtlingscamp Moria keine unbegleiteten Jugendlichen in Österreich aufzunehmen mit dem nicht bewiesenen Argument, dass dann sicher eine große Zahl weiterer Flüchtlinge zu erwarten sei. Ähnlich äußerte sich Bundeskanzler Kurz am 12. September 2020: man müsse vor Ort helfen und die Grenzen besser schützen. Er könne es nicht mit seinem Gewissen vereinbaren, nur wenigen zu helfen, angesichts der vielen Kinder, die weltweit Hilfe benötigen würden. Fazit: Daher sei es besser, niemandem zu helfen. Die ‚Hilfe vor Ort‘, die medial spektakulär organisiert wurde, wartet noch immer am Festland. Auch die angekündigte Hilfe durch SOS-Kinderdorf bleibt bei der Ankündigung, da diese vor Ort – wie die Verantwortlichen feststellen – nicht umsetzbar ist. Zusammenfassend ist daher festzustellen, dass solche ‚rohe Bürgerlichkeit‘ einen Ausgrenzungsdiskurs akzeptabel und damit normalisiert hat.“

Jüngst wurde unter der Leitung von Manfred Nowak eine Globale UNO-Studie über „Children Deprived of Liberty“ fertiggestellt und der Öffentlichkeit präsentiert.³ Manfred Nowak präzisiert: „Die Studie von Sonja Buckel und Judith Kopp zeigt, dass die Fluchtursachen in globalen Ungleichheitsverhältnissen zu verorten sind. Umso mehr darf das damit einhergehende Leid nicht auf dem Rücken von Kindern ausgetragen werden.“ Und Nowak weiter: „Kinder, die flüchten oder in ein anderes Land auswandern, dürfen niemals in Schubhaft oder Migrationshaft genommen werden, und zwar unabhängig davon, ob es sich um unbegleitete Minderjährige handelt oder um Kinder, die mit ihren Familien flüchten. Denn die UNO-Konvention über die Rechte des Kindes sagt ausdrücklich, dass Kinder nur als letztes Mittel in Haft genommen werden dürfen, etwa weil sie ein besonders schweres Delikt begangen haben. Bei Flüchtlingskindern, die sich nichts zuschulden kommen ließen, kann dies niemals das letzte Mittel sein, da es immer Alternativen gibt, die nicht mit einem Freiheitsentzug verbunden sind. Dennoch hatte die Globale Studie Daten erhoben, wonach weltweit mindestens 330.000 Kinder pro Jahr in Migrationshaft festgehalten werden, insbesondere in den USA, aber auch in fast allen europäischen Staaten, einschließlich von Österreich. Auch die Flüchtlingslager in Griechenland sind meist geschlossene Einrichtungen, wo viele Kinder unter unmenschlichen Bedingungen leben und stark traumatisiert sind. Für Flüchtlingskinder ist Haft besonders schlimm, weil sie oft schon in ihren Herkunftsländern verfolgt und misshandelt wurden, auf der Flucht von Schleppern missbraucht wurden und nur unter Todesgefahr einen Weg nach Europa fanden. Was sie hier dringend benötigen, ist Schutz vor Verfolgung, Zuwendung und Sicherheit, keineswegs aber eine neuerliche Haft“.

Laut Alexander Behr wird viel zu wenig darüber gesprochen, wie die „imperiale Lebensweise“ der westlichen Länder Menschen zur Flucht zwingt: „Es ist ein offenes Geheimnis, dass der globale Norden, allen voran die dort ansässigen transnationalen Konzerne, von Menschenrechtsverletzungen profitieren, die entlang von globalen

² Vgl. Ruth Wodak (2020): Politik mit der Angst. Die schamlose Normalisierung rechtsextremen und rechtspopulistischen Diskurses. Berlin/Wien: Konturen Verlag; Wilhelm Heitmayer (2018) Autoritäre Versuchungen – Signaturen der Bedrohung. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

³ <https://www.ohchr.org/EN/HRBodies/CRC/StudyChildrenDeprivedLiberty/Pages/Index.aspx>

Lieferketten begangen werden. Auch wir in Österreich ziehen daraus Tag täglich Nutzen: In nahezu jeder Tafel Schokolade steckt Kinderarbeit, nahezu jedes Handy und jedes Auto enthält Rohstoffe, deren Abbau schwere Menschenrechtsverletzungen verursacht. Zudem werden Küstengewässer buchstäblich leergefischt – abertausende Menschen im Senegal, Mauretanien oder Marokko verloren deshalb in den letzten Jahrzehnten ihre Lebensgrundlage. Obwohl Migrant:innen nicht selten aus Ländern kommen, die reich an Rohstoffen und natürlichen Ressourcen sind, wird ihnen dieser Umstand nicht selten zum Fluch – denn der Reichtum ihrer Länder wird fortlaufend ausgeplündert.“ Behr kritisiert im Speziellen, dass die Rohstoffstrategie der österreichischen Regierung, über die aktuell diskutiert wird, diese Zusammenhänge nicht berücksichtigt.

Migrant:innen haben den Zusammenhang zwischen Rohstoffausbeutung und Migration auf den Punkt gebracht, indem sie den Slogan prägten: Wir kommen zu euch, weil ihr bei uns wart. Viele Machthaber auf dem afrikanischen Kontinent könnten sich jedoch kaum über längere Zeit an der Macht halten, wenn sie nicht von europäischen Regierungen unterstützt würden, die ein Interesse daran haben, die Bodenschätze weiterhin ausbeuten zu können“, so Alexander Behr. Die Folge dieser Politik sei, dass immer mehr Menschen keine Perspektiven mehr sehen und ihre Heimat verlassen wollen. Die Studie von Sonja Buckel und Judith Kopp kommt unter anderem zu dem Schluss, dass es eine grundlegende Änderung der Handelspolitik der Europäischen Union braucht, um „das Recht, nicht gehen zu müssen“ wirklich zu garantieren. „Vor allem mächtige Wirtschaftsverbände wie die Industriellenvereinigung oder die Wirtschaftskammer haben aber bislang kein Interesse daran, dass Österreich zu einer Kursänderung beiträgt“ so Alexander Behr.

Bis wirksame Instrumente der Fluchtursachenbekämpfung greifen, bräuchte es aber den raschen Ausbau legaler Fluchtmöglichkeiten in akuten Krisen- und Konfliktsituationen, wie beispielsweise umfangreiche Resettlement-Programme. „Migration war immer eine zentrale Adaptionstrategie des Menschen, um sein Überleben zu sichern, und wird es bleiben. Umso wichtiger ist es in einer globalisierten Welt, mehr Menschen das Bleiben zu sichern und für jene, die keine andere Möglichkeit mehr haben, sichere Routen zu schaffen. Dieser Verantwortung wird sich Europa aufgrund des erwarteten klima- und covidbedingten Anstiegs der Migration eher früher als später stellen müssen“, so Judith Kohlenberger abschließend.

Die Expert:innen (in alphabetischer Reihenfolge):

Dipl. Ing. Dr. Alexander Behr ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter von „Diskurs. Das Wissenschaftsnetz“ und arbeitet zu den Themen Klimagerechtigkeit, imperiale Lebensweise, Ressourcenausbeutung, Flucht und Migration.

Dr.in. Judith Kohlenberger ist Kulturwissenschaftlerin am Institut für Sozialpolitik der Wirtschaftsuniversität Wien, wo sie zu Fluchtmigration, Integration und Zugehörigkeit forscht.

Prof. Manfred Nowak ist Professor für Menschenrechte an der Universität Wien, Leiter eines neuen Master of Arts in Applied Human Rights an der Universität für Angewandte Kunst in Wien und Generalsekretär des Global Campus of Human Rights in Venedig.

Prof.in Ruth Wodak ist emeritierte Professorin für Diskursforschung und Angewandte Sprachwissenschaft an den Universitäten Lancaster (GB) und Universität Wien. Sie forscht zu politischer Kommunikation, Populismus, Identitäts- und Migrationspolitik.

Eine Initiative von *Diskurs. Das Wissenschaftsnetz*

Dr. Alexander Behr
Diskurs. Das Wissenschaftsnetz
M: +43 650-34 38 37 8
E: office@diskurs-wissenschaftsnetz.at
W: <https://diskurs-wissenschaftsnetz.at/>

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz ist eine Initiative zum Transfer von wissenschaftlicher Evidenz engagierter Wissenschaftler*innen in die Öffentlichkeit. Wir setzen uns dafür ein, dass wissenschaftliche Erkenntnisse entsprechend ihrer Bedeutung im öffentlichen Diskurs und in politischen Entscheidungen zum Tragen kommen. Mehr Informationen finden Sie auf unserer Website: <https://diskurs-wissenschaftsnetz.at/>

Sie möchten über unsere zukünftigen Mediengespräche und Pressemitteilung informiert werden? Dann melden Sie sich doch bei unserem **Presseverteiler** an:
<https://www.diskurs-wissenschaftsnetz.at/presseverteiler/>